

**Zeitschrift:** Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO  
**Herausgeber:** Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS  
**Band:** 114 (2017)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Studierende der sozialen Arbeit üben mit virtuellen Klienten  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-839745>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 18.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## NACHRICHTEN

### Martin Klöti folgt Peter Gomm als SODK-Präsident

Nach sechsjähriger engagierter Tätigkeit gibt Regierungsrat Peter Gomm (SP) aus Solothurn per Ende Juli sein Amt als Präsident der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektoren (SODK) ab. Unter seiner Ägide wurden die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) angepasst. Zu seinem Nachfolger hat die Plenarversammlung der SODK Martin Klöti (FDP) – zurzeit Regierungspräsident von St. Gallen – bestimmt. Martin Klöti steht seit seiner Wahl in die St.Galler Regierung im Jahr 2012 dem Departement des Innern vor. Er wird das Präsidium der SODK per 1. August 2017 übernehmen. (Red.)

### Sieben Prozent Arme

Im Jahr 2015 waren in der Schweiz rund 570 000 Personen von Einkommensarmut betroffen. Darunter waren auch knapp 145 000 erwerbstätige Personen. Zu den am stärksten betroffenen Gruppen zählten Personen, die alleine oder in Einelternhaushalten mit minderjährigen Kindern lebten, Personen ohne nachobligatorische Schulbildung und Personen in Haushalten ohne Erwerbstätige. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Armutsquote kaum verändert. Dies geht aus der Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervor. Personen ab 65 Jahren wiesen ebenfalls eine überdurchschnittlich hohe Armutsquote auf (13,9%), insbesondere, wenn sie alleine lebten (22,8%). Nicht berücksichtigt hierbei ist die Vermögenssituation. (Red.)

### Kosten in der Sozialhilfe kaum gestiegen

Die Ausgaben für die Sozialhilfe sind 2015 nominal um 2,1 Prozent auf 2,6 Mrd. Franken gestiegen. Im Vorjahr hatte die Zunahme bei 5,5 Prozent gelegen. Die Zahl der unterstützten Personen nahm im gleichen Zeitraum um 1,4 Prozent zu, was somit teilweise den Kostenanstieg erklärt. Die Ausgaben pro Sozialhilfeempfänger blieben weitgehend stabil, sie stiegen lediglich um 0,7 Prozent, wie aus der vom BFS publizierten Erhebung hervorgeht. Die Ausgaben für die Sozialhilfe machen von den Gesamtausgaben für Sozialleistungen von insgesamt 157 Mrd. Fr. 1,6 Prozent aus. (Red.)

## Studierende der sozialen Arbeit üben mit virtuellen Klienten

Seit dem Frühjahrssemester trainieren angehende Fachkräfte der Sozialen Arbeit an der Berner Fachhochschule BFH ihre Beratungskompetenzen in einer virtuellen Situation. Dozierende des Fachbereichs Soziale Arbeit haben das avatarbasierte Training als didaktisches Mittel entwickelt.

Damit ist die BFH eine der ersten Schweizer Hochschulen, die Virtual Reality in der Lehre anwendet. Zusätzlich zu den herkömmlichen didaktischen Formen wie dem Rollenspiel probieren die Studierenden im virtuellen Training verschiedene Beratungstechniken aus und üben besondere Gesprächssituationen.

Die Studierenden tragen hierzu eine Virtual-Reality-Brille und befinden sich während des Trainings beispielsweise in einem virtuellen Büro, in dem sie einen Klienten treffen. Sie lernen, heikle Themen anzusprechen oder Sanktionen auszusprechen und weitere wichtige Fertigkeiten. Die Trainings werden gefilmt. Die Studierenden können dank der Aufnahmen ihr Handeln reflektieren und durch wiederholtes Eintauchen in die virtuelle Situation



Virtuelle Trainings mit der Brille.

Bild: BFH

perfektionieren. Das Projektteam ist überzeugt, dass Virtual Reality als didaktisches Mittel ein praxisnahes Werkzeug darstellt und die herkömmlichen Trainingsformen sinnvoll ergänzt. (Red.)

## Berner Studie stellt Wirkung von Anreizen in Frage

Die Berner Fachhochschule Soziale Arbeit hat im Mai im Auftrag der Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz (BKSE) eine wissenschaftlich basierte Einschätzung der Wirkungen der geplanten höheren Anreizleistungen in der Sozialhilfe verfasst. Der Bericht zeigt, dass die Erwerbstätigkeit von Sozialhilfebeziehenden nur begrenzt mit finanziellen Anreizen erklärt und beeinflusst werden kann. Laut den Autoren existieren nur wenige Studien über die Wirkung von Anreizsystemen. Wo Ergebnisse vorliegen, weisen sie entweder keine oder nur eine geringe Wirkung nach. Die grosse Mehrheit der erwerbslosen Klienten bemühe sich um Arbeit und sei bereit, «prekäre Erwerbstätigkeiten in Kauf zu nehmen».

Gemäss der Studie ist davon auszugehen, dass nur ressourcenstarke Sozialhilfe-

beziehende von einem veränderten System mit reduziertem Grundbedarf und höheren Anreizleistungen (wie im Kanton Bern vorgeschlagen) profitieren und eine deutliche Mehrheit der Sozialhilfebeziehenden finanzielle Einbussen erleiden wird.

Besonders betroffen wären neben älteren Sozialhilfebeziehenden über 50 Jahre in erster Linie Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, welche die geplante Kürzung des Grundbedarfs stark zu spüren bekämen. Ob die Integrationszulage mittelfristig zu höherer Erwerbsbeteiligung führt, kann nicht belegt werden. Von höheren Einkommensfreibeträgen seien «bestenfalls kleine Effekte» zu erwarten. Ferner könne dessen Erhöhung zu weiteren Schwelleneffekten zwischen Sozialhilfe und Niedriglohnbereich führen. (Red.)